

# MICHAEL CHRAPA

## »Soziale Nachhaltigkeit« – ein neuer Strategiebegriff? Zur Formierung zukunftsfähiger Ideen für linke Kräfte

*»Die Mechanismen, die das Leben leidvoll und oft unerträglich machen, zu Bewußtsein zu bringen, heißt noch keineswegs, sie auszuschalten. Widersprüche sichtbar zu machen, heißt noch nicht, sie zu lösen. Aber bei aller Skepsis hinsichtlich der Wirksamkeit soziologischer Botschaften, kann man ihnen dennoch nicht jegliche Wirksamkeit absprechen, eröffnen sie doch jenen, die leiden, einen Weg, ihr Leiden auf gesellschaftliche Ursachen zurückzuführen und sich solcherart vom Gefühle eigenen Verschuldens zu befreien....Was die Sozialwelt hervorgebracht hat, kann die Sozialwelt mit Wissen gerüstet auch wieder abschaffen. Eines ist jedenfalls sicher: nichts ist weniger unschuldig, als den Dingen einfach ihren Lauf zu lassen.«<sup>1</sup> Diese Aussage Pierre Bourdieus – gewissermaßen das Fazit seiner umfangreichen Arbeit »Das Elend der Welt« – mag*

Michael Chrapa – Jg. 1950; freiberuflicher Soziologe, Vorsitzender der Forschungsgemeinschaft für Konflikt- und Sozialstudien (FOKUS e.V.), Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Merseburg; zuletzt in »UTOPIE kreativ« erschienen: »Alltagsbewußtsein und politische Aktivität – Empirische Befunde zur ostdeutschen Realität und theoretische Überlegungen« (Heft 79; Mai 1997).

1 Bourdieu, P.: Das Elend der Welt, Konstanz 1997, S. 825-826.

für die einen hoffnungsvoll, für andere dagegen naiv erscheinen. Auf jeden Fall ist damit ein Spannungsfeld umrissen, das im gegenwärtigen Bewußtsein sehr vieler Menschen immer wieder, wenn auch mit unterschiedlicher Betonung, seine Spuren hinterläßt. Ist, so könnte man fragen, gesellschaftliche Veränderung »von unten« in größerem Umfang tatsächlich einigermaßen realistisch denkbar oder werden sich im Zeitalter der Globalisierung gesellschaftliche Prozesse mit noch größerer »Unausweichlichkeit«, gleichsam naturgesetzlich und den Diktaten des Marktes unterworfen, durchsetzen? Welche alternativen Entwicklungspfade könnten die Form politischer Strategien annehmen und mehrheitsfähig werden? Gäbe es überhaupt angesichts der Pluralität und Zersplitterung von Akteursgruppen Chancen, daß sich Mehrheiten – oder wenigstens quantitativ ins Gewicht fallende größere Minderheitsgruppierungen – auf der Grundlage konsensual vertretener Ideen handlungsfähig positionieren?

Im hier vorgestellten Beitrag soll nur auf einige besondere Aspekte dieser Fragestellungen eingegangen werden. Gestützt auf empirische Untersuchungen von alltäglichen Denkformen vieler Menschen wäre insbesondere zu betrachten, inwieweit durch übergreifende Ideen oder Zielvorstellungen die Interessenlagen großer Bevölkerungsteile eine Art »Bündelung« erfahren können. In diesem Zusammenhang wird der Begriff »soziale Nachhaltigkeit« formuliert – wohl wissend, daß ein solcher Terminus zahlreiche Mißverständnisse, Einwände oder direkte Gegenargumente heraufbeschwören kann.

Um diesem Spannungsfeld unterschiedlicher Meinungen zu ent-

sprechen, gilt es, den möglichen Strategieansatz »soziale Nachhaltigkeit« durch mehrere Thesen in pro und contra zu beleuchten.

### *Neue Begriffsfassung*

Provozierend und verkürzt gesagt, beinhaltet das Leitbild »soziale Nachhaltigkeit« Schritte zur Lösung einer durchaus als »Primat« gesehenen »sozialen Frage« bewußt und organisch mit dem rationalen Kern der Kategorie »Nachhaltigkeit« zu verknüpfen. Beide Begriffe müssen bei diesem Herangehen gleichsam neu definiert werden. Ein solcher strategischer Ansatz – so die Behauptung – ist nicht nur dringend erforderlich, sondern auf lange Sicht auch mehrheitsfähig.

Werden die Debatten der jüngsten Vergangenheit zu dieser Thematik analysiert, so zeigt sich, daß »soziale Nachhaltigkeit« in dieser Begriffsfassung zwar Erwähnung findet, aber eher eine randständige Rolle spielt. Wenn die Rede davon ist, dann zumeist in nebeneinander Form, als Teilaspekt der als »unklar zu operationalisierenden sozialen Dimension von Nachhaltigkeit«<sup>2</sup> oder in der recht vage anmutenden Fassung als »das Bemühen um möglichst harmonische soziale Verhältnisse in und zwischen Gesellschaften«<sup>3</sup>. Ansonsten wird diese Ebene des vorrangig sozialen Herangehens an Nachhaltigkeit im Diskurs von ökologischen oder entwicklungspolitischen Problemsetzungen fast vollständig überlagert. In aktuellen Veröffentlichungen linker Parteien, beispielsweise der PDS, die sich den Fragen nachhaltiger Entwicklung widmen, ist die soziale Komponente stärker betont, aber nicht zwingend mit dem Aspekt der Nachhaltigkeit verknüpft.<sup>4</sup>

### *»Sozial« im weiten Sinne – die »soziale Frage« heute*

Der Begriff des »Sozialen« bedarf in diesem Zusammenhang in der Tat einer neuen und näheren Beleuchtung. Mit Rekurs auf die Entstehung dieser Kategorie wäre im Grunde ihre wiedererstandene Aktualität zu betonen.<sup>5</sup> »Sozial«, »zwischenmenschlich« oder auch »in Gemeinschaft bindend«, diese Begrifflichkeiten drücken vor allem den Aspekt der (Möglichkeit von) Teilhabe an der Gesellschaft aus. Darin eingeschlossen, aber gewissermaßen nur eine, wenn auch wichtige, Komponente bildend, sind die »sozialpolitischen Elemente«, die den Zugriff auf soziale (Lebens- und Wohlfahrts-) Standards beinhalten.

In diesem Sinne wäre die »heutige soziale Frage« – wie linke AutorInnen betonen – in komplexer Weise sowohl in vertiefter sozialer Spaltung, die sich durch die berechenbare Kluft von Arm und Reich abzeichnet, im tendenziellen Versagen von darauf bezogenen Regulierungsmechanismen als auch, gewissermaßen übergreifend, in der systemischen »massenhaften Ausgrenzung von Menschen aus der gesellschaftlichen Produktion des Lebens«<sup>6</sup> zu sehen.

Diese Ausgrenzungsvorgänge bleiben längst nicht mehr auf den Bereich der Beschäftigungs- und Ausbildungsverhältnisse oder auf die daraus resultierende materiell-finanzielle Situation vieler Bürgerinnen und Bürger beschränkt, obwohl sie hier deutlich zutage treten und häufiger thematisiert werden. Wirkungen von kaum min-

2 Brand, K.-W.: Probleme und Potentiale einer Neubestimmung des Projektes der Moderne unter dem Leitbild »nachhaltige Entwicklung«. Zur Einführung in: Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie, Opladen 1997, S. 25.

3 Arts, B.: Nachhaltige Entwicklung. Eine begriffliche Abgrenzung, zit. in: Nachhaltigkeit und Macht, Frankfurt/M. 1996, S. 112.

4 Vgl. Nachhaltige Entwicklung. Materialien der Grundsatzkommission der PDS, Berlin 1996.

5 Soziologische Stichworte, Opladen 1992, S. 62-65.

6 Die soziale Frage. Materialien der Konferenz der PDS-Bundestagsgruppe am 20./21. September 1996, Berlin, Bonn 1996, S. 13.

derer »Ausgrenzung« sind ebenso in der kulturell-symbolischen Sphäre des öffentlichen Lebens zu finden. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn in den allgegenwärtigen Botschaften der Massenmedien (vor allem Fernsehen und Rundfunk) Ziel- und Ansprechgruppen in starkem Maße ausschließlich im zahlungsfähigen, erwerbstätigen Teil der Gesellschaft markiert und andere Menschengruppen (Arbeitslose, Alleinerziehende, Menschen im Vorruhestand u.a.) für das Alltagsbewußtsein faktisch zu »Unpersonen« erklärt werden.

Die skizzierten Ausgrenzungstendenzen haben vor allem im Osten Deutschlands bereits sehr schnell tiefe politische Spuren hinterlassen. Im Jahr 1996 klang die Warnung von Ulrich Beck noch abstrakt-mahnend: »Nur Menschen, die eine Wohnung und einen sicheren Arbeitsplatz und damit eine materielle Zukunft haben, sind oder werden Bürger, die sich die Demokratie zu eigen und sie lebendig machen. Die einfache Wahrheit lautet: Ohne materielle Sicherheit keine politische Freiheit. Also keine Demokratie, also Bedrohung aller durch neue und alte totalitäre Regimes oder Ideologien.«<sup>7</sup> Mit den Resultaten der Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt im April 1998, in einem Bundesland mit der seit Jahren stabil höchsten Arbeitslosigkeit und einer faktischen Unterbeschäftigungsquote von über 40 Prozent, hat sich die Realität – für viele erschreckend – zu Wort gemeldet.

Angesichts absehbarer künftiger Ausgrenzungsprozesse in einem sozial ungesicherten und von den Mechanismen der Globalisierung gesteuerten Europa erhält die hier benannte Fassung der sozialen Frage besondere Brisanz. Die von manchen als journalistische Übertreibung abgetane Vorstellung einer kommenden »20-80-Gesellschaft« kann in der Tat zu *dem* Menetekel des 21. Jahrhunderts werden.<sup>8</sup>

»Sustainable development« und »Nachhaltigkeit« – umstritten und (fast) aufgegeben?

Im Rückblick betrachtet, haben die beiden miteinander verknüpften Begriffe in sehr kurzer Zeit eine recht schillernde Karriere durchlaufen. Nach Phasen der euphorischen Überhöhung, in denen vor allem »Sustainable development« als das übergreifende Entwicklungsparadigma der achtziger und neunziger Jahre figurierte<sup>9</sup>, setzte nach Ernüchterungen eine bis heute anhaltende kritische Debatte ein, die mitunter bis zum radikalen Verwerfen der Kategorien führte. Gegen die Leitbilder »Nachhaltige Entwicklung« und »Nachhaltigkeit (allgemein)« werden vor allem die »Unschärfe« und scheinbar beliebige Interpretierbarkeit der Kategorien, die damit verbundene Verharmlosung bzw. Verschleierung von Interessenkonflikten und Machtverhältnissen sowie die (vorausgesetzte) »Strategiefunktion« dieser Ziele, sie würden existierende Machtstrukturen dauerhaft zu zementieren suchen, ins Feld geführt.<sup>10</sup>

Gegenwärtig hat sich der Begriff »Nachhaltigkeit« bei vielen AutorInnen – nicht zuletzt im Kontext von größeren Untersuchungen<sup>11</sup> – häufig in den Terminus »Zukunftsfähigkeit« gewandelt<sup>12</sup>. Dominierend bleibt eine vorwiegend ökologische Sichtweise zu dieser Thematik.

7 Beck, U.: Kapitalismus ohne Arbeit? In: Der Spiegel, H. 20/1996, Hamburg 1996, S. 142.

8 Martin, H.P., Schumann, H.: Die Globalisierungsfalle, Reinbeck 1996, S. 9-23.

9 Vgl. Lexikon Dritte Welt, Reinbeck 1993, S. 642-648.

10 Vgl. Nachhaltigkeit und Macht, a.a.O., S. 37-57, 163-182.

11 Vgl. Zukunftsfähiges Deutschland, Wuppertal, Bonn 1995.

12 Vgl. Biermann, F., Büttner, S., Helm, C.: Zukunftsfähige Entwicklung, Berlin 1997. Die simple Verwendung einer neuen Kategorie – »Zukunftsfähigkeit« – hilft gegen die Schwierigkeiten terminologischer Unschärfe allerdings kaum weiter. Zukunft – mit welchem Inhalt und in welchem Maße für wen? Befähigt – womit? – so könnte gefragt werden.

Die Ansatzpunkte der hier kurz umrissenen Kritik am Nachhaltigkeits-Begriff sollen keinesweg ignoriert werden. Auch neuformulierte Leitideen haben sich einer streng prüfenden Sicht zu stellen. Dennoch erscheint eine generelle Abkehr vom Nachhaltigkeitsansatz (auch von seiner Begrifflichkeit) nicht gerechtfertigt. Im Gegenteil sprechen mehrere Argumente dafür, wichtige Grundgedanken der »Nachhaltigkeit« – aus aktueller Sicht – vertieft und neu zu betrachten.

»Nachhaltigkeit« kann bzw. sollte vertreten werden als

- Orientierung auf »Dauerhaftes« (stabil verankerte soziale Sachverhalte);
- sich gewollt »sozial Reproduzierendes«;
- für die Zukunft »Berechenbares«, d.h. auch: mit Notwendigkeit zu »Berechnendes«.

Ein beliebiges größeres Ziel (um ein ausgefallenes Beispiel zu nennen: die Integration von Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt) *nachhaltig zu Ende gedacht*, schafft sofort einen neuen Blick auf die Zukunft, läßt nach Akteuren und Regelungsmechanismen fragen, zeigt aber (selbstverständlich) auch die enorme Kompliziertheit von Schritten auf einem solchen Weg.

### *Primat des Sozialen?*

Von einem »Primat« des Sozialen gegenüber dem »Ökologischen« zu sprechen, mag für die einen überraschend, für andere altmodisch und für manche wie schiere Ketzerei klingen. Letztere unterstellen einer solchen Formulierung gern die damit angeblich verbundene Verharmlosung ökologischer Probleme und Gefährdungen oder sie sehen darin eine Rückwendung zum dogmatischen »Marxismus-Leninismus«, in dem der Begriff »Primat« in der Tat eine unselige Rolle spielte. Spätestens dann wird zumeist betont, daß die beiden benannten Komplexe (natürlich?) nur in einer engen Verknüpfung zu betrachten sind, was zweifellos zutrifft, aber in dieser Vereinfachung unproduktiv bleibt.

Mindesten drei Argumente sollen jedoch für ein real größeres Gewicht des Sozialen in der existierenden inhaltlichen Verflechtung der Kategorien sprechen.

*Erstens:* Soziale Fragen – vor allem in ihrer zugespitzten Form – greifen direkt und im Alltag reproduziert in die Lebenswelt vieler Menschen ein. Es existieren relativ klar bestimmbare »Betroffenheitsgruppen«, die ihre Problemlagen auch anhand von deutlichen Forderungen artikulieren können.

*Zweitens:* In den letzten Jahren hat sich im Massenbewußtsein beachtlicher Zündstoff gesammelt, der zunehmend unmittelbar auf soziale Probleme gerichtet ist. Dies ist durch zahlreiche empirische Untersuchungen zu belegen; und auch Linke tun gut daran, sozialwissenschaftlich konstatierte Fakten nüchtern zur Kenntnis zu nehmen, selbst wenn dies schmerzhaft Konsequenzen mit sich bringt. Studien zur politischen Struktur der Gesellschaft und zum Alltagsbewußtsein zeigen, daß die Wahrnehmung von Konflikten mit sozialem Charakter (»Arm« – »Reich«, Arbeitgeber« – »Arbeitnehmer«) zwischen 1993 und 1997 sprunghaft (von rund 60 Prozent starker Ausprägung auf 70 bis 80 Prozent) gestiegen ist, wobei die-

13 Vgl. Studie der Grundsatzkommission der PDS »Gesellschaftskritische Potentiale«. Hauptbericht, Berlin und Halle 1997, S.38-41.

14 Sozialreport 1997. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin 1997, S. 277-278.

15 Jugend '97. Zukunftsperspektiven, gesellschaftliches Engagement, politische Orientierungen. 12. Shell-Jugendstudie, Opladen 1997, S. 13-14.

ser Prozeß in den neuen und alten Bundesländern verläuft und sich die soziale Konfliktwahrnehmung im Westens tendenziell der in Ostdeutschland annähert.<sup>13</sup> Vieles spricht dafür, daß im Osten zukünftige Gefährdungen der Bundesrepublik deutlicher konturiert werden: »Die Umweltproblematik verliert den hohen Stellenwert, den sie zu Beginn der neunziger Jahre, auch im Vergleich zu anderen Lebensbereichen hatte; der Anteil derjenigen, für die die Umwelt 'sehr wichtig' ist, sinkt kontinuierlich: von 79 Prozent im Jahr 1991 auf 57 Prozent im Jahr 1997. An der Spitze der Werthierarchien stehen gegenwärtig, wie die jährlichen Berechnungen des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums ausweisen, Lebensbereiche wie 'Wohnung', 'soziale Absicherung' und 'Arbeit'«<sup>14</sup>. Als ein weiterer wichtiger, gerade für die Zukunft relevanter Indikator können die Einstellungen junger Menschen zu diesem Thema gelten. Die Resultate der 12. Shell-Jugendstudie (1997) unterstreichen: »Die Krisen im Erwerbstätigkeitssektor, Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Rationalisierung und Abbau oder Verlagerung von Beschäftigung sind inzwischen nicht mehr 'bloß' eine Randbedingung des Aufwachsens. Sie sind nicht mehr 'bloß' Belastungen des Erwachsenenlebens, von denen Jugendliche in einem Schonraum entlastet ihr Jugendleben führen können. Sie haben inzwischen vielmehr das Zentrum der Jugendphase erreicht, indem sie ihren Sinn in Frage stellen. Wenn die Arbeitsgesellschaft zum Problem wird, dann muß auch die Jugendphase als Phase der biographischen Vorbereitung auf diese Gesellschaft zum Problem werden. Unsere Studie zeigt deutlich und an vielen Stellen, daß von allen Problemen am stärksten die Probleme der Arbeitswelt die Jugend beschäftigen (Hervorhebung -M.C.). (...) In der qualitativen Studie äußerten die Jugendlichen ihre Sorgen, daß die derzeit bestehenden Probleme mit Massenarbeitslosigkeit, Lehrstellenmangel, Sozialabbau, Verarmungsprozessen von der Politik nicht angegangen werden, ja daß in absehbarer Zeit Lösungen nicht erwartbar sind.«<sup>15</sup>

*Drittens:* Die größere Bedeutung des Sozialen im Denken vieler Menschen wird nicht zuletzt in bestimmten Handlungsformen deutlich. Dies betrifft beispielsweise auch Wahlabsichten und Wahlentscheidungen. Die gravierenden Sympathieeinbrüche, die sich gegenüber der Partei Bündnis'90/Die Grünen im Frühjahr 1998 im Kontext der »Benzinpreis-Diskussion« abzeichneten, beruhten eben nicht vorrangig auf einem »Kommunikationsfehler«, sondern waren die entschiedene Antwort auf Ignoranz bezüglich sozialer Problemlagen in breiten Kreisen der Bevölkerung (u.a. hinsichtlich notwendiger Mobilität bei der Arbeitssuche).

#### *Pro und contra zu »sozialer Nachhaltigkeit«*

Der Begriff »soziale Nachhaltigkeit« wird hier als Prinzip des Herangehens an strategische Entwürfe für das politische Handeln vorgestellt, nicht als »Ersatz« für Programmatik und auch nicht als »Zauberformel«. Nach Ansicht des Autors stehen folgende Argumente für eine vertiefte Beschäftigung mit diesem Leitbild:

- »Strategische Bündelung« – die genannte Zielstellung enthält die gezielte organische Verknüpfung von zwei entscheidenden »zukunftsfähigen« Grundelementen der Gesellschaftsentwicklung.

Die »soziale Frage« verkörpert den wahrscheinlich tiefgreifendsten Widerspruch der nächsten Jahrzehnte, das Prinzip der »Nachhaltigkeit« steht für eine Wende in der politisch-sozialen Logik der Entwicklung.

- »*Große Interessenübereinstimmung*« – die Zielstellung entspricht einem sehr breiten, zumindest potentiell vorhandenen Konsens im Denken vieler Menschen, der sich unter anderem auch in der Formulierung des Wunsches nach »sozialer Sicherheit« in der Alltagssprache ausdrückt. Hier fallen mentale Einstellungen und nicht zuletzt Gefühlslagen beim Umgang mit »Zukunftsängsten« spürbar ins Gewicht. Gegenwärtig scheint kaum eine größere Konsensmöglichkeit – ausgenommen vielleicht die Reaktionen bei auftretenden Katastrophen – als die zur beschriebenen Thematik ausmachbar.

- »*Gesellschaftsvertragliche Elemente*« – das Vorgehen anhand des Prinzips »sozialer Nachhaltigkeit« schließt das Zusammenwirken und die Auseinandersetzung zahlreicher, auch konfliktär positionierter Akteure ein. Im Grunde geht es dabei um das Erkämpfen eines bestimmten »Gesellschaftsvertrages«, dessen konkrete Form erstritten wird und nicht genau voraussagbar ist. Interessanterweise scheint die aktuelle Bedeutsamkeit dieses Gedankens in Führungskreisen der SPD bereits aufgegriffen zu sein. Es überrascht schon etwas – zumindest hinsichtlich der Wortwahl –, wenn Gerhard Schröder im Mai 1998 über das notwendige Zusammenwirken großer politischer Akteure spricht, damit für einen längeren Zeitraum »Planungssicherheit« geschaffen werde<sup>16</sup>.

- »*Anschluß an reale Prozesse, praktische Erfahrungen*« – gegenwärtig sind soziale Forderungen in vielfältiger Weise Bestandteil der Programmatik und Strategie linker Kräfte. In den letzten Jahren wurden beachtenswerte Vorschläge zu wirksamen Schritten bei der Eindämmung bzw. Überwindung sozialer Spaltungen in der Gesellschaft erarbeitet, die klare Nachweise über die Realisierbarkeit dieser Projekte anhand des möglichen Zugriffs auf finanzielle Ressourcen einschlossen.<sup>17</sup> Insofern steht bei weiteren Überlegungen wertvolles Gedankenmaterial zur Verfügung. Andererseits ist das Moment der »Nachhaltigkeit« in Form zahlreicher Bürgeraktionen innerhalb der »Agenda-21-Initiativen« präsent.<sup>18</sup> Hier werden allerdings zumeist die ökologischen Aspekte von lokaler Entwicklung thematisiert. Vorstellbar und realistisch wäre es aber durchaus, verstärkt, gezielt und innovativ über »soziale Nachhaltigkeitsschritte« auf der Ebene der Kommune nachzudenken. In praktischen Diskussionen dazu wird der Ansatz an sich (z.B. Schaffung lokaler Arbeitsplatzressourcen, Netzwerke sozialer Unterstützung u.a.) immer wieder aufgegriffen, aber oft nicht weitergeführt.

Als häufig anzutreffende *Gegenargumente* in bezug auf die Hinwendung zur Kategorie »soziale Nachhaltigkeit« figurieren vor allem die von der »visionären Abstraktheit des Prinzips« und von der »Unmöglichkeit seiner Realisierung infolge der Blockade durch die Herrschenden« sowie der Gedanke, daß damit doch eine »Zementierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen« angestrebt würde. Hier wäre zu betonen: Selbstverständlich ist es uner-

16 Vgl. Mit aller Härte regieren. Interview mit G. Schröder, in: Der Spiegel, H. 20/1998, S. 27-28.

17 Vgl. Wahlprogramm der PDS für die Bundestagswahlen 1998, Berlin 1998; Rostocker Manifest. Für einen zukunftsfähigen Osten in einer gerechten Republik, Berlin 1998.

18 Vgl. Gemeinwesen und Gemeinwohl. Durch neue Modelle der Bürgerbeteiligung zu einem neuen gemeinsamen Nenner für nachhaltige Entwicklung. Materialien der Fachtagung der Evangelischen Akademie Mülheim an der Ruhr, 21. bis 23. Februar 1997.

läßlich, ein solches Ziel in Programme, Aktionsvereinbarungen u.a. zu »übersetzen«. Es ist aber nicht als »Appell« an die Herrschenden dieser Gesellschaft gerichtet, sondern kann seine Funktion *nur* erfüllen, wenn es sich in Form einer leicht verständlichen Grundidee über längerer Zeiträume im Bewußtsein von Mehrheiten in der Bevölkerung verankert. Am Beispiel »nachhaltiger« Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit wird andererseits deutlich, daß hier durchaus gesellschaftskritische und in gewisser Hinsicht systemüberschreitende Ziele erfaßt werden.

Sehr ernst zu nehmen sind die Einwände, mit einem solchen Leitbild käme es zu einer prinzipiellen Unterschätzung der ökologischen Problematik. Ein schlüssiger Gegenbeweis, daß dies nicht der Fall ist, wäre vor allem praktisch, anhand von konkret dokumentierten Zielstellungen und Handlungsoptionen anzutreten. Bezogen auf die massenhafte Mobilisierbarkeit von Menschen soll in diesem Zusammenhang aber betont werden: Zumindest aus aktueller Sicht setzt *ökologisches Handeln in großem Umfang* ein beachtliches Maß an *sozialer Sicherheit sowie Stabilität* voraus; in umgekehrter Richtung gilt diese Verknüpfung jedoch nicht unbedingt. Auch wenn dieser Zusammenhang FundamentalistInnen der Ökologie-Bewegung mißfällt, wäre er anhand empirischer Fakten kaum zu leugnen.

Ganz ohne Zweifel werfen Überlegungen zur »sozialen Nachhaltigkeit« eine Vielzahl offener Fragen auf. Ausformulierte strategische Ansätze und auch Kriteriensysteme zur Bewertbarkeit dieser Nachhaltigkeitsauffassung liegen bislang noch nicht vor.<sup>19</sup> Die praktischen Beispiele kommunaler Initiativen, einschließlich der subjektiven Einstellungen der Beteiligten, wurden unter dem Aspekt »sozialer Nachhaltigkeit« ebenfalls kaum gesellschaftswissenschaftlich untersucht. Das Thema bietet demnach zahlreiche Felder für innovative wissenschaftlich-politische Betätigung.

»Leitbilder«, so ein Standpunkt in der aktuellen Debatte, »bündeln die Ziele, Träume, Visionen und Hoffnungen von Menschen...(Sie) reduzieren die Komplexität von Welt und strukturieren die Aktivitäten in einzelnen Handlungsfeldern«<sup>20</sup>. Zumindest, wäre hinzuzufügen, bieten sie die Möglichkeit dafür, wenn sie theoretisch aufgegriffen werden. Die »Offenheit« des Leitbildes »soziale Nachhaltigkeit« sollte daher eher als eine Herausforderung denn als Grund gesehen werden, prinzipielle Gedanken dieser Art oberflächlich abzutun. Die Bewältigung von »politischem Tagesgeschäft« birgt immer auch die Gefahr von fortschreitendem Pragmatismus in sich. Das Nachdenken und die Debatte über zukunftsfähige Ideen sind unverzichtbar, um dem entgegenzuwirken.

19 Vgl. Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie, a.a.O., S. 23-25.

20 De Haan, G.: Leitbilder im Diskurs um Ökologie, Gesundheit und Risiko, in: Ökologie – Gesundheit – Risiko. Perspektiven ökologischer Kommunikation, Berlin 1996, S. 293.